

Ein Dossier der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Kommunale Partnerschaften

Vernetzt in der globalisierten Welt

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



Eine Besucherin des Stadtparks in Lahr betrachtet eine Skulptur des Künstlers Crisanto Badilla aus Costa Rica. Lahr unterhält eine Städte- und Klimapartnerschaft mit der Stadt Alajuela in Costa Rica.

Foto: Rolf Haid dpa/lsw



Gabriela Büsselmaier
ist Hauptgeschäftsführerin der
Engagement Global gGmbH –
Service für Entwicklungsinitiativen.

Liebe Leserinnen und Leser,

in den Partnerkommunen des Südens findet, angetrieben durch vielfältige Urbanisierungs-, Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozesse ein tief greifender Strukturwandel statt. Er macht eine Umstellung der Partner im Norden notwendig: auf neue Ansprechpartner, sich wandelnde politische Strukturen und veränderte Bedürfnisse und Erfordernisse. Gelingt es deutschen Kommunen, konstruktiv mit diesen sich verändernden Bedingungen umzugehen, liegt darin aber auch die Chance, neben Bund und Ländern als dritte Kraft eine verantwortungsvolle und aktive Rolle in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit einzunehmen.

Seit über zehn Jahren unterstützt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland dabei, sich den neuen Herausforderungen zu stellen und die Chance zu nutzen. Die zentralen Handlungsfelder sind dabei die Zukunftsthemen Migration und Entwicklung, Fairer Handel und Faire Beschaffung sowie kommunale Partnerschaften.

Dieses Dossier gibt Ihnen einen Überblick über Entwicklungszusammenarbeit aus lokaler Perspektive: über Projekt- und Städtepartnerschaften, grenzüberschreitende Netzwerke, Erfahrungs- und Expertenaustausch. Und es geht um neue Umsetzungsmöglichkeiten für kommunale Entwicklungspolitik. Mit der Zusammenführung unterschiedlicher Angebote für zivilgesellschaftliche und kommunale Akteure in der Anfang 2012 gegründeten Engagement Global hat auch die Servicestelle eine deutliche Aufwertung erfahren und wird ihre Angebote für Kommunen in den kommenden Jahren kontinuierlich ausbauen können. Als ehemaliger Oberbürgermeisterin ist mir dies natürlich ein besonderes Anliegen.

Mit besten Grüßen

Ihre

3 Kommunale Partnerschaften sind im Kommen

Partnerschaftsprojekte fördern die nachhaltige Kommunalentwicklung
Stefan Wilhelmy

4 „Das Potential der Städte und Gemeinden ist noch längst nicht ausgeschöpft“

Interview mit Dr. Carola Stein, Referentin für Entwicklungspolitik des Landes Rheinland-Pfalz und Vorsitzende des Programmbeirats der SKEW

6 Austausch über Kontinente hinweg

Partnerschaften mit Städten im globalen Süden
Ines Spengler

8 Gut vernetzt mit Nordafrika

Der Umbruch in den Ländern der „arabischen Revolution“ berührt auch die Partnerschaften mit Kommunen dort
Rainer Mayerhoffer und Petra Havemann

10 Kommunale Kooperation für das Klima

Ein Netz von internationalen Klimapartnerschaften
Jessica Baier und Kurt-Michael Baudach

12 Hand in Hand

In Jena gelingt die Zusammenarbeit der Bürgerschaft mit kommunalen Dienststellen
Solvejg Spirling

14 „Gooool!“

Tor für die deutsch-brasilianische Partnerschaft
Stefan Kreutzberger

16 Auf die Wirkung kommt es an!

Interview mit Direktor Peter Knip, VNG

18 Neue Umsetzungsmöglichkeit für kommunale Entwicklungspolitik:

„Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“

18 Ankündigung: Konferenz Kommunale Partnerschaften mit Afrika

19 Aufruf: Weitere Klimapartnerschaften gesucht!

Intensiver Austausch: Eine Delegation aus Erfurt besuchte 2010 seine Partnerkommune Kati, etwa 15 km entfernt von Malis Hauptstadt Bamako.



Kommunale Partnerschaften sind im Kommen

Partnerschaftsprojekte fördern die nachhaltige Kommunalentwicklung

| Stefan Wilhelmy

In der internationalen Entwicklungszusammenarbeit hat die Bedeutung der lokalen Ebene in den letzten Jahren merklich zugenommen. Zu Recht spricht man heute von einer eigenständigen kommunalen Entwicklungspolitik, die Grenzen überwindet.

An Städten und Gemeinden kommt auch in der Entwicklungszusammenarbeit heute keiner mehr vorbei. Seit der Anerkennung der Kommunen als wichtige Akteure zur Umsetzung einer globalen Nachhaltigkeitsstrategie im Rahmen der Agenda 21 der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio wurde ihre Stellung in nationalen und internationalen Beschlüssen wiederholt gestärkt. So beim Sondergipfel der Vereinten

Nationen zu den Millennium Development Goals (MDG) im September 2005, auf dem der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan die zentrale Bedeutung der Kommunen für die Erreichung der MDG unterstrich und damit die Verpflichtung zu guter Regierungsführung zum „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“ auch auf die kommunale Ebene erweiterte.

Die besondere Rolle kommunaler Partnerschaften wurde zuletzt auch 2012 im Abschlussdokument der RIO+20 United Na-

Interview



Dr. Carola Stein,
Referentin für Entwick-
lungspolitik des Landes
Rheinland-Pfalz und Vor-
sitzende des Programm-
beirats der SKEW

Welche Aufgabe kommt den Bundesländern bei der Förderung kommunaler Entwicklungspolitik zu?

Für viele Kommunen ist Entwicklungspolitik nach wie vor ein Nischenthema. Und ich denke, eine ganze Reihe von Kommunen stellt sich immer noch die Frage, was können wir hier vor Ort denn eigentlich tun? Die Landesregierungen sollten daher die Kommunen stärker in ihre eigenen entwicklungspolitischen Aktivitäten einbinden, ihnen konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und natürlich Hilfestellung anbieten. Und das heißt vor allem auch eine finanzielle Unterstützung der kommunalen EZ.

Auch bei der nachhaltigen Beschaffung, also der Einbeziehung sozialer und ökologischer Kriterien in die kommunalen Ausschreibungen, können die Landesregierungen die Kommunen unterstützen, durch klare gesetzliche Regelungen, aber auch durch entsprechende Informationen zu dem Thema.

Welche Rolle spielt der Bund-Länder-Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit?

„Das Potential der Städte und Gemeinden ist noch längst nicht ausgeschöpft“

Der Ausschuss ist zunächst ein Diskussionsforum auf der Arbeitsebene, das heißt der EZ-Referenten der Länder. Wir versuchen aber auch immer wieder, EZ-Themen in politische Gremien zu tragen. So gab es in der Vergangenheit verschiedene Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz zur Entwicklungspolitik, zuletzt 2008. Nach diesem Beschluss wurde von Bund, Ländern und Kommunen eine sogenannte Task Force zur Kommunalen Entwicklungspolitik gebildet. Ein Ergebnis dieser Projektgruppe ist, dass nun auch das BMZ einen neuen Haushaltstitel zur Unterstützung der Kommunalen Entwicklungspolitik auflegt. Um das Engagement der Länder auch in der Öffentlichkeit sichtbarer zu machen, hat der Bund-Länder-Ausschuss ein neues Internetportal gestaltet (www.entwicklungspolitik-der-laender.de).

Ändert sich durch Städtepartnerschaften etwas in den Köpfen der Menschen hier?

Nehmen wir die lange und erfolgreiche Landespartnerschaft Rheinland-Pfalz und Ruanda: Es hat sich dadurch ganz sicher etwas verändert. Ausschlaggebend war, dass Rheinland-Pfalz diese Partnerschaft nicht auf bürokratischer Ebene organisiert hat, sondern die Menschen aktiv einbezieht. Mittlerweile bestehen über 50 kommunale Partnerschaften, 200 Schulpartnerschaften und zahlreiche Verbindungen zwischen Pfarreien oder Universitäten. Es gibt sehr viele direkte Kontakte zwischen

den Menschen in Rheinland-Pfalz und Ruanda. Über diese persönlichen Kontakte kann ein ganz anderes Bild von Afrika vermittelt werden, als es die Medien häufig tun. Die vielen persönlichen Kontakte waren sicherlich auch ein Grund, warum die Partnerschaft den Genozid in Ruanda überstanden hat.

Welche quantitativen und qualitativen Weiterentwicklungen wünschen Sie sich als Vorsitzende des Programmbeirats der SKEW?

Quantitativ sollten mehr Kommunen in die Entwicklungspolitik eingebunden werden, vor allem auch kleine und mittlere. Ich denke, dass vor allem das Potential der kleinen Städte und Gemeinden bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Als qualitative Veränderung sehe ich die Notwendigkeit, innerhalb der Kommunen ein größeres Verständnis dafür zu wecken, dass Entwicklungspolitik auch eine wichtige kommunale Aufgabe ist. Dabei geht es nicht darum, Almosen zu verteilen. Es ist wichtig gemeinsam zu überlegen, welche Veränderungen auch bei uns für eine nachhaltige globale Entwicklung nötig sind. Meines Erachtens fehlt zu oft noch die Einsicht, dass entwicklungspolitische Themen uns alle etwas angehen. Die Schwierigkeiten, die wir uns selbst damit bereiten, werden uns langfristig teurer zu stehen kommen, als die Maßnahmen, die wir jetzt für eine bessere Zukunft ergreifen können.

Das Interview führte **Stefan Kreutzberger**.

tions Conference on Sustainable Development hervorgehoben. Dort heißt es ausdrücklich: „We recognize that partnerships among cities and communities play an important role in promoting sustainable development.“

Ein Alleinstellungsmerkmal der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit ist eben ihre Erfahrung in der Facharbeit, die in den Stadtverwaltungen erbracht wird: von der Daseinsvorsorge über die Sozialplanung bis hin zur Stadtentwicklung beispielsweise

durch sportliche Großereignisse (siehe den Beitrag zur Fußball-WM 2014 in Brasilien auf S. 14). Über ihre partnerschaftlichen Beziehungen können deutsche Kommunen praxisnahes Know-how für die lokale Regierungsführung und Armutsbekämpfung einbringen, über das Bund und Länder so nicht verfügen. Angesichts der rasanten Verstädterung und der vielfältigen Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozesse in Entwicklungs- und Schwellenländern ist das Fachwissen der deutschen Kommunen dort gefragt denn je. Die kommunale Partnerschaftsarbeit kann besser als andere diese Umwälzungsprozesse auf lokaler Ebene an-

sprechen, die Vorteile kommunaler Selbstverwaltung verdeutlichen und so einen Beitrag zur Förderung demokratischer und nachhaltiger Strukturen leisten, wie das Beispiel der Partnerschaften mit Nordafrika in diesem Heft verdeutlicht (S. 8).

Gerade in den Städten und Gemeinden werden die Auswirkungen der globalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Veränderungen hautnah wahrgenommen. Die Kommunen in Deutschland reagieren darauf mit zunehmender internationaler Vernetzung und einer Neubestimmung der

Im Jahr 2012 feierte Köln das 25-jährige Städtepartnerschaftsjubiläum mit Peking.

Foto: Frank Nürnberger



kommunalen Entwicklungspolitik, die in ihrer Bedeutung nicht mehr nur als karitative Hilfe für Partnerkommunen im Süden verstanden, sondern auch als Beitrag zur Mitgestaltung der globalen Entwicklung gesehen wird. Dies trägt natürlich auch zum internationalen Profil der Kommunen bei – ein Aspekt, der angesichts der wachsenden globalen Standortkonkurrenz aus Sicht deutscher kommunaler Entscheidungsträger nicht aus den Augen verloren werden sollte.

BMZ: Haushaltstitel für kommunale Entwicklungspolitik

Vor diesem Hintergrund hat die kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland in den vergangenen Jahren eine erhebliche Dynamik entfaltet. Erstmals nach zwanzig Jahren haben sich die Ministerpräsidenten der Länder im Oktober 2008 umfassend dazu positioniert. Im Jahr 2009 veröffentlichte das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik die von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) initiierte und fachlich begleitete Studie „Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“, die seither als wesentlicher Referenzrahmen der Fachdiskussion fungiert. Auf dieser Basis wurde beim Bund-Länder-Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit eine Task-Force zur

kommunalen Entwicklungspolitik eingerichtet, die mit ihrem Abschlusspapier 2010 erstmals ein gemeinsames Verständnis der Rolle der Kommunen und der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen erarbeitet hat.

Ein zentrales Ergebnis dieses Prozesses ist die Einrichtung eines eigenen Haushaltstitels für kommunale Entwicklungspolitik durch das BMZ. Damit ist eine erhebliche Ausweitung der Unterstützungs- und Serviceangebote der SKEW verbunden. Als ein Baustein wird dazu in diesem Jahr die Maßnahme „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ aufgebaut und ausgeschrieben, die eine finanzielle Unterstützung für innovative Partnerschaftsprojekte ermöglichen wird (siehe den Beitrag zur Partnerschaftsfinanzierung, S. 18). Die SKEW kann dabei auf die Erfahrungen aus dem Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ und den begleitenden Maßnahmen im Rahmen der BMZ-Fazilität „Klimaschutz, Wald- und Biodiversitätserhalt“ aus dem „Energie und Klimafonds (EKF)“ der Bundesregierung zurückgreifen (siehe auch den Beitrag zu Klimapartnerschaften, S. 10).

In dem Projekt verbindet sich Partnerschaftsarbeit mit der besonderen entwicklungspolitischen Verantwortung deutscher Kommunen für den Klimawandel, weil Kommunen gleichermaßen Verursacher wie Leidtragende desselben sind. Das motiviert viele

Kommunen, sich an diesem Projekt zu beteiligen und ihre hohen Kompetenzen etwa in den Bereichen Energieeffizienz, Verkehr und Städtebau den Partnern zur Verfügung zu stellen. Und dies nicht mehr im überkommenen Sinne einer „Entwicklungshilfe“ von Nord nach Süd, sondern als echter Austausch auf Augenhöhe: Eigene Erfahrungen weitergeben und vom Süden lernen – das ist Partnerorientierung im besten Sinne einer zeitgemäßen und wirksamen Entwicklungspolitik, die es weiter auszubauen gilt. | |

Literatur

Dialog Global Nr. 9: „Partner in alle Richtungen – Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften. Ein Praxisleitfaden“



Dr. Stefan Wilhelmy
ist Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

Austausch über Kontinente hinweg

Die internationalen Beziehungen deutscher Kommunen wachsen in den letzten Jahren vermehrt um Partnerschaften mit Städten im globalen Süden

| Ines Spengler

Deutschlands Städte, Gemeinden und Kreise unterhalten derzeit weltweit über 7000 kommunale Partnerschaften. Im Vordergrund stehen dabei europäische Nachbarländer – allen voran Frankreich: Räumliche wie kulturelle Nähe erlauben hier Partnerschaften mit ähnlichem Hintergrund der beteiligten Kommunen. Doch in jüngerer Zeit rücken auch stärker Kooperationen mit Ländern des globalen Südens in den Fokus.

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion (RGRE) hat dieser Entwicklung schon frühzeitig Rechnung getragen. Bereits ab 2002 wählte er das Thema Kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu einem Arbeitsschwerpunkt. Im Jahr 2011 schließlich hat sich ein „Arbeitskreis Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ gegründet, der deutsche Kommunalpolitiker über Aktivitäten und Projekte im sogenannten Drittländbereich außerhalb Europas informiert.

Üblicherweise wird von Nord-Süd-Partnerschaften gesprochen, wenn man Länder in Afrika, Lateinamerika und in Teilen Asiens meint. Eine Auswertung von Angaben der „Datenbank der kommunalen Partnerschaften“, die von der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des RGRE seit 1998 aktualisiert wird, zeigt, wie sich das Netz der Freundschaften über Europas Grenzen hinweg in den zurückliegenden Jahren entwickelt hat. Hier findet sich ein Überblick über die Städtepartnerschaften, aufgelistet nach Bundesländern, Einwohnerzahl und Partnergruppen, mit dem Stand von Dezember 2012. Die Zusammenstellung berücksichtigt klassische Partnerschaften der Städte, Gemeinden und Kreise. Es handelt sich also um förmlich, zeitlich und sachlich nicht begrenzte Kooperationen, die auf langfristigen Vereinbarungen beruhen.

| Partnerschaften mit Ländern des Südens

Die numerische Betrachtung der Partnerschaften mit Ländern des Südens bezieht sämtliche afrikanischen und lateinamerikanischen Länder ein. Unter den asiatischen Ländern sind Israel, Japan, Südkorea und Taiwan nicht berücksichtigt, da diese nicht unter die Länder zählen, die das Development-Assistance-Committee (DAC) auflistet. Demnach pflegen deutsche Kommunen 168 offizielle Partnerschaften mit Kommunen aus Ländern des Südens. Spitzenreiter sind hierbei die Verbindungen zu China (50), gefolgt von Nicaragua (25), Ruanda (12), Burkina Faso (10) und Tunesien (8). Kontinental betrachtet ist Asien führend (insgesamt 69, erklärt durch die hohe Zahl an Partnerschaften mit China), es folgen Afrika mit 61 Partnerschaften und Lateinamerika mit insgesamt 38. Da-

neben gibt es in beträchtlicher Zahl auch Projektpartnerschaften, die jedoch zeitlich begrenzt sind und ein konkretes Ziel verfolgen. Eine entsprechende Übersicht ist abrufbar in der „Datenbank zu kommunalen Entwicklungsprojekten“, die einen Überblick des kommunalen Engagements in der Einen Welt ermöglicht. Diese Datenbank hilft, sich mit anderen interessierten Akteuren auszutauschen, Anregungen für die eigene Arbeit zu suchen und Kontakte herzustellen.

| Entwicklung der Partnerschaften seit 1960

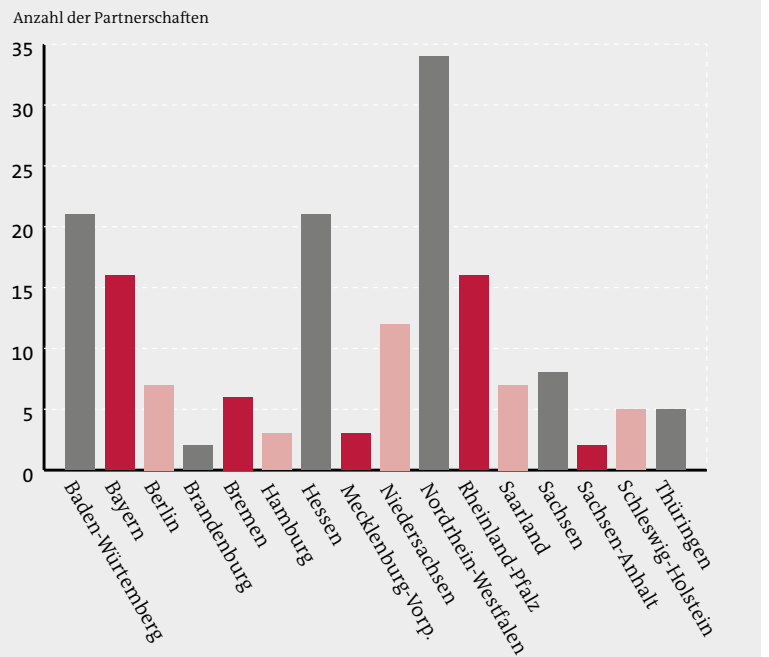
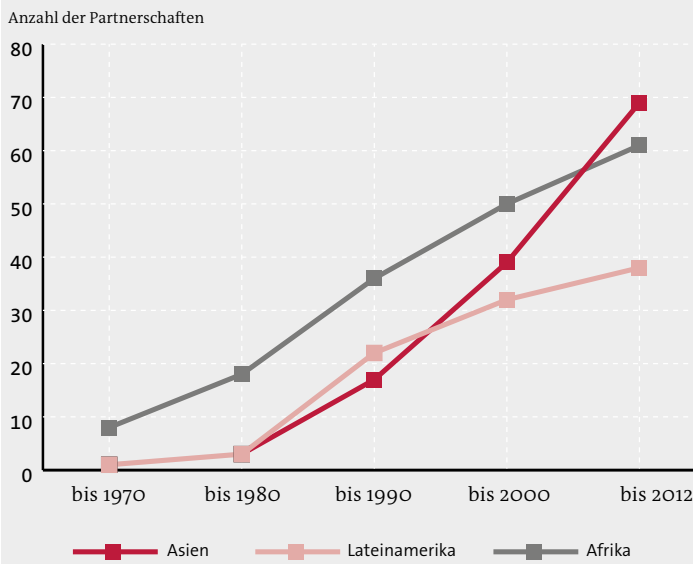
Die Grafik „Entwicklung der Partnerschaften seit 1960“ (Abb. 1) stellt dar, in welchen Zeitsprünge Partnerschaften gegründet wurden. Dabei fällt auf, dass sich seit den 1980er Jahren die Zahl der neu begründeten Kooperationen deutlich erhöht. In Afrika wurden in den achtziger und neunziger Jahren insge-



Foto: Richard Huber

Die 7. Partnerstadt Münchens sollte in einem „Entwicklungsland“ liegen. Gemeinsam mit Münchner Entwicklungsorganisationen und Eine-Welt-Initiativen einigte man sich auf Harare, die Hauptstadt von Simbabwe im südlichen Afrika.

Abb.1 | Entwicklung der Partnerschaften seit 1960 **Abb.2 | Partnerschaften nach Bundesländern**



Quelle: RGRE / Ines Spengler

samt 32 neue Partnerschaften etabliert, in Lateinamerika 29. Der Anstieg von Kooperationen in Asien begann um 1990 und setzte sich in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts fort (52 Partnerschaften). In den letzten zwölf Jahren kamen 17 afrikanische und acht Partnerschaften in Süd- und Mittelamerika hinzu.

Greift man die meistvertretenen Länder heraus, so wurde von 50 Partnerschaften mit China über die Hälfte (26) seit dem Jahr 2001 gegründet. Die meisten Vereinbarungen mit Nicaragua wurden in den achtziger und Anfang der neunziger Jahre eingegangen. Einen Sonderfall stellen Kooperationen mit Ruanda dar, insofern sie ausschließlich mit Kommunen in Rheinland-Pfalz begründet wurden: Das Bundesland pflegt seit 1982 eine Partnerschaft mit dem afrikanischen Staat.

| Partnerschaften nach Bundesländern

Kommunen in allen 16 deutschen Bundesländern unterhalten Partnerschaften mit Ländern des Südens (Abb. 2). Die meisten Kooperationen pflegen nordrhein-westfälische Städte mit 34 (davon 11 mit China und acht mit Nicaragua). Es folgen Kommunen in den Bundesländern Baden-Württemberg und Hessen mit jeweils 21 Partnerschaften. Länderschwerpunkt in Hessen ist Nicaragua

(acht), in Baden-Württemberg bilden insgesamt zehn Partnerschaften mit afrikanischen Ländern numerisch die Spitze.

| Anfragen aus dem Ausland nach Partnerschaften mit deutschen Kommunen

Die deutsche Sektion des RGRE erreichen auch Anfragen aus dem außereuropäischen Ausland, die um Unterstützung bei der Vermittlung einer Partnerschaft ersuchen. Die Anfragen werden häufig über die deutschen Botschaften im Land selbst oder über eine Durchführungsorganisation an den RGRE übermittelt und in diversen Publikationen sowie auf der Homepage des Rates veröffentlicht. Im zurückliegenden Jahrzehnt gingen über diese Kanäle 55 Anfragen aus Ländern des Südens ein: 28 aus Afrika, 19 aus dem asiatischen Raum und acht aus Lateinamerika.

Seit 2005 betreibt der europäische RGRE ein „Twinning-Portal“ im Internet unter www.twinning.org. Mit diesem Angebot öffnet sich den lokalen Gebietskörperschaften in Europa und der Welt ein virtueller und vielsprachiger Treffpunkt bei der Suche nach einem passenden Partner. Die Recherche ist über eine Liste von Kommunen möglich, die aktuell auf Partnersuche sind. Eine Kommune kann aber auch aktiv ein Online-Formular nutzen und andere damit wissen lassen, dass sie eine Partnerstadt oder -ge-

meinde sucht. Darüber hinaus kann sich der Benutzer ganz allgemein über kommunale Partnerschaften informieren und wertvolle Tipps für die Partnerschaftsarbeit erhalten.

Ein Internet-Bereich widmet sich Partnerschaften in Europa und richtet sich an Städte, Gemeinden und Kreise, die innerhalb der EU einen Partner suchen. Neben der geographischen Suche ist auch eine thematische Auswahl möglich. Die Website wird inzwischen in 20 Nutzersprachen angeboten. Mit einem zweiten Segment sind Partnerschaften der Nord-Süd-Zusammenarbeit angesprochen; das Angebot ist derzeit in Englisch, Französisch, Portugiesisch und Spanisch verfügbar. Neben der Option auf aktive Partnersuche oder durch Einstellen einer Online-Anfrage bietet die Seite nicht zuletzt auch Hintergrundinformationen zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. | |



Ines Spengler
ist bei der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas Ansprechpartnerin für kommunale Partnerschaften. www.rgre.de

Gut vernetzt mit Nordafrika

Der Umbruch in den Ländern der „arabischen Revolution“ berührt auch die Partnerschaften mit Kommunen dort

Foto: Bertina Schäfer



Foto: Bertina Schäfer



| Rainer Mayerhoffer
und Petra Havemann

Die rasanten politischen Veränderungen des arabischen Frühlings haben die Partnerschaftsarbeit in Marokko, Tunesien und Ägypten vor neue Herausforderungen und Fragen gestellt. Ein Schwerpunkt von Projekt- oder Städtepartnerschaften deutscher Kommunen in dieser Region ist die Jugend- und Bürgerbeteiligung.

Schüler und Studenten sind im Januar 2011 massenhaft auf die Straße gegangen. Doch vielen Jugendlichen in Nordafrika geht es zwei Jahre nach der Jasminrevolution wie dem jungen Ayoub Boubaker im tunesischen Menzel Bourguiba: „Es ist leider immer noch so, dass wir bei den Erwachsenen in der Stadt wenig Gehör finden“, stellt er bedauernd fest. Die politische Situation in Nordafrika hat sich verändert, die politischen und gesellschaftlichen Strukturen jedoch halten oft nicht Schritt damit – auch nicht in Menzel Bourguiba, einer Stadt mit rund 65.000 Einwohnern im Norden Tunesiens. „Haus des Bourguiba“

heißt ihr Name übersetzt. Im Hause Bourguibas, des ersten tunesischen Staatspräsidenten, möchte die Jugend nun mitreden.

Ihr Wunsch nach Selbstbestimmung und Mitwirkung an der Gesellschaft veranlasste den Stadtjugendring Stuttgart, in der Partnerstadt Menzel Bourguiba ein lokales Jugendforum als offene Form der Jugendbeteiligung anzuregen: Ein selbst organisierter Dachverband für Jugendarbeit soll zukünftig die Interessen von Jugendlichen gegenüber der Politik und Verwaltung vertreten.

Die Situation der Jugend stand schon ganz zu Beginn im Mittelpunkt der Zusammenarbeit mit der tunesischen Stadt: Als Beitrag zur „Entwicklungshilfe“ auf Landesebene richtete Baden-Württemberg 1965 ein Gewerbeförderungszentrum zur Ausbildung junger Industriefacharbeiter ein. 1971 dann wurde die Partnerschaft zwischen Menzel Bourguiba und der baden-württembergischen Landeshauptstadt besiegelt. Die Stadt Stuttgart hat also langjährige Erfahrungen in nachhaltiger kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und fördert in der Rolle des Koordinators und Unterstützers Vorhaben verschiedener Projektträger – wie zum Beispiel des Stadtjugendrings.

Nicht alles läuft in den noch sensiblen Strukturen des neuen Dachverbands für Ju-

gendarbeit in Menzel Bourguiba reibungslos. Kooperationen verschiedener Vereine sind nicht selbstverständlich und beginnen erst langsam. Engagement von Erwachsenen in der Jugendarbeit muss daraufhin gefiltert werden, ob es tatsächlich der Förderung der Jugend dient oder nur der Realisierung von finanziellen Eigeninteressen und Einflussmöglichkeiten. Saida Hamdi, eine Übergangsrätin, formuliert dazu treffend: „Wir kämpfen an allen Fronten, um die noch junge Demokratie zu schützen.“

Die Jugendlichen sind von dem Ansatz der Beteiligung begeistert. „Das Jugendforum ist eine tolle Idee“, meint Gruppensprecher Wael Amri und bekommt lauthals Zustimmung von seinen Freunden, „aber wir brauchen konkrete Ansprechpersonen in Politik und Verwaltung, die uns dabei unterstützen“.

In Menzel Bourguiba steht das Projekt also noch am Anfang. Der Stadtjugendring wird den Prozess der Jugendbeteiligung vor Ort weiterhin fördern. Und das ist nicht sein einziges Projekt mit und für Jugendliche aus Nordafrika.

Jugendliche in Stuttgarts tunesischer Partnerstadt Menzel Bourguiba beraten über Möglichkeiten für mehr Mitbestimmung.



| Netzwerk für junge Migrantinnen und Migranten

Jugendmigration ist ein weiteres Thema, zu dem die Stadt Stuttgart sich mit ihren Partnern aus Nordafrika engagiert. Hier ist der Stadtjugendring Stuttgart gemeinsam mit dem Stadtjugendring Bochum und europäischen Partnern in einem dreijährigen Projekt mit den Partnerstädten Kairo, Menzel Bourguiba sowie der Stadt Fès in Marokko aktiv. Das durch den europäischen Integrationsfonds des Bundesamts für Migration geförderte Projekt startete mit einer Auftaktveranstaltung im November 2012. In seinem Mittelpunkt steht der „Jugendmigrationsrat“. Dieses Netzwerk von Jugendlichen und Experten wurde von Experten aus Jugendarbeit, Migrationspolitik und Wissenschaft gegründet. Der fachliche Austausch konzentriert sich dabei auf die politische Entwicklung in Nordafrika, Migrationsbewegungen von Jugend in Nordafrika und Europa sowie auf Praxisbeispiele der Jugendmigrationsarbeit.

Parallel zum Expertentreffen diskutierten 30 Jugendliche aus Kairo, Menzel Bourguiba, Fès, Bochum und Stuttgart ihr mögliches Engagement zur Verbesserung der Situation

von jungen Migrantinnen und Migranten. Daraus haben sie lokale Projekte zur Inklusion von Jugendlichen mit Behinderungen, Freizeitgestaltungsangebote für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, eine anonyme Telefonberatung für Alltagsfragen und Vermittlungsangebote in Beratungsstellen oder Vereinen entwickelt. Die Begleitung dieser Jugendbeteiligungsprojekte wird den Jugendmigrationsrat in Zukunft beschäftigen.

| Bürgernahe Strukturen aufbauen

Auch die Stadt Braunschweig verfügt über langjährige Erfahrung in der Partnerschaftsarbeit, unter anderem mit ihrer Partnerstadt Sousse, der drittgrößten Stadt Tunesiens. In der derzeitigen nachrevolutionären Situation sehen sich die tunesischen Kommunen, so auch das am Golf von Hammamet gelegene Sousse, häufig außerstande, ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Mindestmaß an öffentlichen Dienstleistungen zu gewährleisten. Bis zu einer bürgerorientierten Kommunalverwaltung ist es noch ein weiter Weg. „Aufgrund der seit über 30 Jahren bestehenden Städtepartnerstadt ist es für die Stadt Braunschweig ein ganz besonderes Anliegen, die Stadt Sousse bei diesem langwierigen Änderungsprozess zu unterstützen“, erklärt Gert Hoffmann, Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, „denn nur der gegenseitige intensive Austausch und eine aktive Unterstützung sind die Garanten für eine lebendige Partnerschaft.“

Daher hat Braunschweig sich gemeinsam mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit verpflichtet, die Stadt Sousse beim Aufbau demokratischer Strukturen und der Entwicklung von Bürgerorientierung prozessbegleitend zu unterstützen. Eine städtische Delegation aus Braunschweig hat sich daraufhin bei ihrem letzten Besuch in Sousse in vielen Gesprächen mit dem Bürgermeister, Ratsvertretern und Vertretern von Vereinen und Verbänden über die dortige Lage und über die Möglichkeiten der Beratung durch die Stadt Braunschweig informiert. Beim Gegenbesuch in Braunschweig hatte Vizebürgermeister Sami Hochlaf die Gelegenheit, aus der Braunschweiger Verwaltungspraxis Ideen und Anregungen für die Umstrukturierung mitzunehmen. Hochlaf ist davon überzeugt: „Eine gute Kommunalregierung ist die Ga-

Städtenetzwerk

Mit dem Ziel, die deutschen Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika bei der Planung und Durchführung ihrer Partnerschaftsarbeit in Nordafrika zu unterstützen, haben die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und der Deutsche Städtetag ein lebendiges Städtenetzwerk ins Leben gerufen. Seit November 2011 bietet es auf halbjährlich stattfindenden Treffen und virtuell über die Internetseite der Servicestelle einen Erfahrungs- und Wissensaustausch. Die Kommunen werden durch Informations-, Qualifizierungs- und Beratungsangebote unterstützt, wie beispielsweise durch interkulturelle Trainings für das Arbeiten in den Ländern Nordafrikas. Das Netzwerk befasst sich vor allem mit den Themen, die für die Kommunen in ihren Partnerschaften im Vordergrund stehen, wie Daseinsvorsorge und kommunale Selbstverwaltung oder auch Jugendaustausch und die Beteiligung der Jugend am kommunalen Geschehen.

rantie für einen sozialen Frieden in den Städten Nordafrikas.“

So plant Sousse die Einrichtung von Stadtteilbüros, eines Referats für Kommunikation, das neue Formen – wie Internet, Facebook und Meinungsumfragen – entwickeln soll, sowie die Einrichtung eines Beschwerdemanagements, um die Bürgerbeteiligung zu stärken. Braunschweig hat ein gut funktionierendes Ideen- und Beschwerdemanagement. Es wird diese Erfahrung an Sousse weitergeben und hier beratend tätig werden. | |



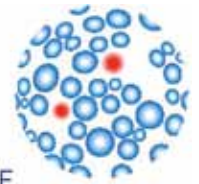
Rainer Mayerhoffer
ist Geschäftsführer des Stadtjugendring Stuttgart e.V.



Petra Havemann
ist Leiterin der Stelle für internationale Beziehungen der Stadt Braunschweig.

Kommunale Kooperation für das Klima

Ein Netz von internationalen Klimapartnerschaften



KOMMUNALE
KLIMAPARTNERSCHAFTEN

Vor der Verwaltung in Masasi. Der Distrikt in Tansania hat eine Partnerschaft mit dem Enzkreis in Baden-Württemberg, bei der es um Klimaschutz und -anpassung geht.

zentriert sich sowohl eine besonders verletzbare Bevölkerung als auch eine anfällige städtische Infrastruktur. Allerdings arbeiten Kommunen weltweit bereits intensiv am Abbau ihrer Emissionen und an Schutzmaßnahmen: Vorausschauende Anpassung an die Folgen des Klimawandels genießt dabei zunehmende Priorität.

| Ein Projekt – viele Partnerschaften

Das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ will das umfangreiche kommunale Know-how auf diesem Gebiet nutzen und gegenseitige Kooperation fördern. In einer kommunalen Klimapartnerschaft arbeiten zwei Städte regelmäßig und strukturiert zusammen in den Sektoren Klimaschutz und Klimaanpassung. Dabei kann man auf einer bestehenden Städtepartnerschaft aufbauen und diese um neue Bereiche erweitern. Themenpartnerschaften können aber auch von zwei interessierten Kommunen neu begründet werden; dabei hilft die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW.

Das Projekt unter dem Dach von Engagement Global wird finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Es zählt heute bereits 23 Partnerschaften und für die kommenden Jahre ist eine kontinuierliche Erweiterung geplant. Im Zentrum steht ein fachlicher Austausch unter kommunalen Experten im Rahmen von gegenseitigen Entsendungen. Nach anderthalb Jahren soll, als Orientierung für die mittelfristige Zusammenarbeit, jeweils ein gemeinsames Handlungsprogramm vorliegen. Regelmäßige Treffen unterstützen die Vernetzung unter den teilnehmenden Kommunen. Neben einer finanziellen Unterstützung begleiten die Servicestelle und die Landesarbeitsgemeinschaft die Partnerschaften auf ihrem Weg mit fachlicher und methodischer Beratung. Seit November 2012 sind unter anderem 14

Foto: SKEW / Dr. Till Neugebauer



| Jessica Baier und
Kurt-Michael Baudach

Heute schon lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, die insgesamt 80 Prozent der globalen Treibhausgas-Emissionen verursachen. Allerdings arbeiten Kommunen auch weltweit an Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung. Internationale Städtepartnerschaften können dazu beitragen.

„Es ist undenkbar, dass eine lokale Regierung im Zentrum Amazoniens Politik macht, ohne die Arbeit zum Thema Klimawandel zu berücksichtigen“, erläutert die Leiterin des Umweltsekretariates der Stadt Santarém in Brasilien, Antonia de Socorro Pena da Gama. Dies sieht auch Caetano Scannavino Filho, Koordinator der lokalen Nichtregierungsorganisation Saude e Alegria so und nennt gleich vier extreme Wetterereignisse, die der Region in

den zurückliegenden sieben Jahren zu schaffen gemacht haben. Darunter die größten Überschwemmungen und schlimmsten Dürreperioden der letzten 100 Jahre: „Wir wissen nicht, ob es nächstes Jahr wieder eine große Überschwemmung oder eine große Dürre gibt oder ob das erst wieder in vielen Jahren passiert, aber wir müssen uns darauf vorbereiten“, unterstreicht er.

Beide Stimmen aus dem brasilianischen Amazonasgebiet verdeutlichen, wie zentral die Bedrohung durch den Klimawandel für viele Städte im globalen Süden ist. Andere Kommunen, beispielsweise in Nicaragua und Jamaika, kämpfen gegen ein landeinwärts dringendes Meer, befürchten häufigere und stärkere Hurrikans: „Überschwemmungen beschädigen unsere Infrastruktur, wir verlieren Straßen, wir verlieren Brücken. Das wirft uns zurück!“, betont etwa Conrad Douglas, Vorsitzender des nationalen Klimarates auf Jamaika.

Ein Großteil der Menschheit ballt sich in weiter wachsenden Städten – nicht selten in sensiblen Gebieten nahe der Küstenzonen und Flusssysteme –, die stark von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Hier kon-

Delegationen aus den afrikanischen Partnerkommunen besichtigen einen Küstenschutz in Durban, Südafrika.

Foto: SKEW / Luca Demmerle



Klimapartnerschaften deutscher mit latein-amerikanischen Kommunen Teil des Projekts.

| Gleichberechtigtes Geben und Nehmen

„Wir sind auf Augenhöhe“, umschreibt Manfred Kaiser, Leiter der Stabsstelle Umwelt der Stadt Lahr, die Partnerschaft seiner Kommune mit der Gemeinde Alajuela in Costa Rica. Dem fachlichen Austausch misst er große Bedeutung zu: „Wir wollen von den Erfahrungen unserer Partnerkommune profitieren; nicht nur geben, sondern auch nehmen – da ist ein großes Potential!“ Über ähnliche Erfahrungen berichtet auch der Leiter der Einheit für Klimawandel in Rio de Janeiro, Nelson Moreira Franco, aus der Zusammenarbeit mit der rheinischen Partnermetropole Köln. Auf dem Gebiet der Energieeffizienz könne Rio, das zu einer ökologischen Vorzeigestadt werden will, profitieren. Auch im Problemfeld periodisch auftretender Überschwemmungen sei das Kölner Wissen im Umgang mit dem Flusshochwasser nützlich, meint Nelson Moreira: „Und wir aus Rio werden mit unseren Erfahrungen bei der aktuellen Erarbeitung einer CO2-Bilanz dort am Rhein von Nutzen sein können!“

Auch gute Beispiele aus Afrika sprechen für solche Kooperationen: 2011 starteten neun deutsche Kommunen mit ihren Partnern in Ghana, Tansania und Südafrika in die Klimapartnerschaften. Planungsgemäß werden die gemeinsam entwickelten Handlungsprogramme im Jahresverlauf 2013 vorgestellt – danach soll es an die Umsetzung gehen. Wie vielseitig die Zusammenarbeit zweier Kommunen aussehen kann, zeigt das Beispiel der Partnerschaft des Distrikts Masasi in Tansania mit dem Enzkreis in Baden-Württemberg. „Im Februar 2011 schickten wir die Anfrage zur Gründung einer Partnerschaft an den Deutschen Städtetag. Bald darauf hat der Enzkreis Interesse signalisiert und eine Delegation aus Masasi nach Deutschland eingeladen; dort standen Projekte zur Besichtigung, unter anderem in den Bereichen Energie und Bildung, Gesundheit und Abfallmanagement auf dem Plan“, berichtet Thomas Mwaifafa, der dortige Stadt- und Regionalplaner. „Während des internationalen Auftaktworkshops im Novem-

ber 2011 in Tansania haben wir das Memorandum of Understanding zur Projektteilnahme mit der SKEW unterschrieben“, berichtet er. „Zusammen mit unseren Partnern haben wir ein Handlungsprogramm entwickelt, welches konkrete Ziele und Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung umfasst. Wir kooperieren dabei nicht nur mit unseren deutschen Partnern, sondern haben auch die Möglichkeit, Ideen und Erfahrungen mit Kollegen aus Tansania, Südafrika und Ghana auszutauschen.“

Um die Partnerschaft von Anfang an auf eine breite Basis zu stellen, sprach die Verwaltung des Enzkreises frühzeitig die Bürgerschaft an. Bereits im Januar 2012 gründete sich die AG „Tansania“ und Ende 2012 ein Partnerschaftsverein. Die offizielle Bezeichnung ist hier schon Programm: „Marafiki wa Masasi – Partnerschaftsverein Enzkreis-Masasi/Tansania“. Die zweisprachige Bezeichnung soll zeigen, dass es nicht um eine einseitige Interessenbekundung geht, sondern um einen echten Austausch. Viele ehrenamtlich tätige Menschen im Verein und im Forum 21 – Lokale Agenda im Enzkreis verfolgen gemeinsam dasselbe Ziel: Sie wollen Lebensbedingungen, -perspektiven und -chancen verbessern sowie das nachhaltige Zusammenwirken mit Einrichtungen und Menschen in der Partnerregion Masasi intensivieren. Dabei entwickeln deutsche und tansanische Partner gemeinsam neue Projekte.

| Konkrete Schritte gehen

Im Enzkreis wurden zahlreiche Ideen in die Wege geleitet. Seit einiger Zeit arbeiten beispielsweise Schüler und Schülerinnen der Ferdinand-von-Steinbeis-Berufsschule in

Mühlacker an Projekten für Solartechnik, die in Masasi zum Einsatz kommen sollen. Die Zusammenarbeit mit dem Masasi Folk Development College im Rahmen eines Lehreraustauschs ist bereits vereinbart. Bald sollen zudem zwei Techniker aus Masasi in den Enzkreis kommen, um sich hier auf dem Gelände eines mittelständischen Unternehmens im Umgang mit Generatoren zu schulen. Im Oktober 2012 brach ein Student der Universität Hohenheim für einige Wochen nach Masasi auf und prüfte die Möglichkeiten zum Einsatz kleinerer Biogasanlagen. „Allen Beteiligten ist allerdings klar, dass wir erst am Anfang eines sehr langen Prozesses stehen“, kommentiert Angela Gewiese vom lokalen Agendakreis. Als nächste Schritte werden deshalb das Handlungsprogramm wie auch das Finanzierungskonzept weiter verfeinert. Dabei setzt der Enzkreis klar auf die Hilfe durch die SKEW und das neue Netzwerk. | |



Jessica Baier und Kurt-Michael Baudach sind Projektleiterin und Projektleiter für Kommunale Klimapartnerschaften bei der SKEW.



Hand in Hand

In Jena gelingt die Zusammenarbeit der Bürgerschaft mit kommunalen Dienststellen – zum Nutzen von Menschen in Nicaragua



| Solvejg Spirling

Seit 1998 verbindet San Marcos in Nicaragua eine Partnerschaft mit Jena. Aus dieser Beziehung heraus ist es entwicklungs- und politisch engagierten Bürgern in Kooperation mit der Stadtverwaltung gelungen, den Fairen Handel zu fördern und konkrete Projekte zum Klimaschutz auf den Weg zu bringen.

Wer sich im Zentrum von Jena bewegt, der stößt in der Nähe der Straße Unterm Markt auf eine auffallend bunte und fröhliche Wandmalerei eines nicaraguanischen Künstlers. Sie schmückt den örtlichen Eine-Welt-Laden. In ihm werden Geschenkartikel, Küchenutensilien und Nahrungsmittel aus Ländern verkauft, in denen die Lebensumstände so gänzlich anders sind als bei uns. Der Verkaufsschlager des Ladens aber ist der Kaffee aus Nicaragua, der hier als „San Jena Stadtkaffee“ vermarktet wird. Produziert wird er in San Marcos, in der Plantage und Kaffeerösterei eines holländischen Unternehmers.

Nach den internen Firmenprinzipien gefragt, antwortete der technische Direktor der Tostaduría Toledo, David Vega: „Wir versuchen, die Leute Dinge zu lehren, die sie hier im Betrieb, aber auch außerhalb nutzen kön-



Foto: Weltladen Jena / Solvejg Spirling

nen. Wir haben immer die Familie im Blick. Denn hier in Nicaragua ist es oftmals so, dass die Männer trinken gehen und die Familie allein bleibt. Und das versuchen wir zu ändern, indem wir mit den Leuten sprechen.“ David Vega verfolgt damit einen nachhalti-

Wandmalerei als Blickfang: Dank der Arbeit eines nicaraguanischen Künstlers ist der Eine-Welt-Laden in Jena nicht zu übersehen. Genauso lebendig wie dieses Kunstwerk ist auch die kommunale Partnerschaft mit San Marcos in Nicaragua.

Geschickt verknüpft: Fairer Handel und kommunale Partnerschaftsarbeit

Globale Verantwortung wahrnehmen, das ist das Ziel der kommunalen Entwicklungspolitik. Dazu gehört verantwortungsbewusstes Handeln in der eigenen Kommune ebenso wie eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den Partnern im globalen Süden. Der Faire Handel verbindet bewusst ökologische, ökonomische und soziale Dimensionen. Er stellt mit beispielhaften Projekten einen direkten Zusammen-

hang zwischen Konsum und Produktion her und sensibilisiert für die Situation in Entwicklungsländern. Dies schafft die Grundlage für ein partnerschaftliches Verständnis und einen nachhaltigen Austausch auf kommunaler Ebene.

In der Partnerschaftsarbeit geht es um den direkten Erfahrungsaustausch zu globalen Themen wie Klimawandel, Menschenrechte oder kommunale Daseinsvorsorge, aber auch um die gemeinsame Umsetzung konkreter Projekte,

wie beispielsweise die Vermarktung von fairen Waren aus der Partnerstadt. In vielen Kommunen sind unterschiedliche kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure in beiden Bereichen aktiv. Häufig gilt es eine direkte Verknüpfung der einzelnen Aktivitäten herzustellen. Die Vernetzung der engagierten Akteure innerhalb der Kommune macht es möglich, Erfahrungen zu bündeln und gemeinsam einen kohärenten entwicklungs- und politischen Ansatz zu gestalten.

gen Ansatz, der über die gängigen Beschäftigungsformen hinaus reicht. Daneben zahlt die Tostaduria Toledo selbst ihren unausgebildeten Mitarbeitern etwa acht Prozent mehr als den üblichen Mindestlohn. Insgesamt erfüllt die engagierte Kaffeefirma die sozialen und ökologischen Standards, die sich der Eine-Welt-Haus e.V. und der Eine-Welt-Laden wünschen, um den Kaffee als Bestseller des Ladens zu nutzen und die Entwicklungszusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene auszubauen.

Große Unterstützung, den Kaffee zum „Stadtkaffee San Jena“ zu erklären, kam von Oberbürgermeister Albrecht Schröter. Der Theologe macht sich stark für kommunale Entwicklungspolitik. So setzte er sich für eine Nutzung von rund 50.000 Euro im Jahr für entwicklungspolitische Projekte per Stadtverordnung ein. Die erfolgreiche Zusammenarbeit der Stadt mit engagierten Menschen – in Jena wie auch in San Marcos – kommentiert er folgendermaßen: „Es ist wichtig, dass es bei so einem Projekt mit vielen Partnern konkrete Ansprechpartner gibt, die ein Grundvertrauen verbindet. Das kann dazu beitragen, die bürokratischen Hürden zu senken und die aufgewandte Kraft zielgerichteter einzusetzen.“ Der bürgernahe Ansatz zahlt sich aus: Seit 2012 ist Jena „Fairtrade Town“. Diesen Erfolg hat die Kommune wesentlich der intensiven Vorbereitung einer Steuerungsgruppe zu verdanken. Sie setzt sich aus Vertretern der Dienststelle Stadtentwicklung und Lokale Agenda 21 sowie des Eine-Welt-Haus-Vereins zusammen.

| Klimapartnerschaft und Patenschaftsprojekte

Über Erfolge kann die Stadt auch in Bezug auf die Zusammenarbeit im Bereich Klima und Umwelt berichten. So konnten in Nicaragua 95 kleine Solaranlagen für Familien finanziert werden, 300 weitere sind geplant. Eine Mülltrenn- und Recyclinganlage wurde errichtet und eine Biogasanlage auf den Weg gebracht. Ihr sollen weitere von mittlerer Größe folgen. Eine Intensivierung dieser Arbeit ermöglicht das Projekt „50 kommunale

Klimapartnerschaften bis 2015“, in dem sich die Kommune Jena seit 2012 engagiert und das parteiübergreifend unterstützt wird.

Das Zusammenkommen der unterschiedlichen Akteure in Jena aus Stadtverwaltung, Schulen, Kindergärten, Volkshochschule, Hotellerie, lokaler Wirtschaft, Umweltgruppen und Eine-Welt-Aktivisten stärkt den Erfolg der Arbeit aller. Dass Jena aktiv und erfolgreich globale Verantwortung wahrnimmt, beispielsweise durch den Ausbau einer Fairen Beschaffung und die Unterstützung der Eine-Welt-Engagierten, liegt an der guten Verankerung in der Bürgerschaft. So konnte der Eine-Welt-Haus e.V. auf Grund der großen Hilfsbereitschaft der Jenaer im Jahr 2000 aus dem Stand sechs Schulstipendien vergeben. Mit 150 Euro im Jahr fördert der Pate hier die schulische Ausbildung eines Kindes dort. Heute gibt es in Jena 140 Schulpatenschaften, drei Jenaer Projektverantwortliche und in San Marcos eine nicaraguanische Sozialarbeiterin, die für die Betreuung der Patenkinder und ihrer Familien verantwortlich ist. Eine Mitarbeiterin in Jena kümmert sich um die Verwaltung des Patenschaftsprogramms und viele Jugendliche aus der Stadt arbeiten während eines freiwilligen Jahres in San Marcos.

Dieses weit gefächerte Engagement der Menschen in Jena kann man auch durch den Genuss einer Tasse fairen Stadtkaffees unterstützen – und den gibt es natürlich im Eine-Welt-Laden mit der bunten Wandmalerei des Künstlers Roberto Barberena. | |



Solvejg Spirling
leitet den Eine-Welt-Laden
in Jena.

Kooperation auf kurzen Wegen

Janine Tavangarian, Referentin für Städtepartnerschaften und Europaangelegenheiten im Büro des Oberbürgermeisters der Stadt Jena:

„Würde es das bürgerschaftliche Engagement des Eine-Welt-Haus e.V. und des Eine-Welt-Ladens in Jena nicht geben, wäre die Städtepartnerschaft mit San Marcos nicht so vielfältig und lebendig. Der Stadtkaffee ist ein deutliches Signal der Verbundenheit zu unserer Partnerstadt. Er hat wesentlich dazu beigetragen, in Jena die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu beschließen. Dass es zur Klimapartnerschaft gekommen ist, ist ein positiver Nebeneffekt. Die Zusammenarbeit von engagierten Jenaern mit der Dienststelle Stadtentwicklung und Lokale Agenda 21 läuft sehr gut. Insbesondere das Projekt ‚50 Kommunale Klimapartnerschaften‘ trägt dazu bei, innerhalb der Verwaltung und den lokalen Aktionsgruppen eine Sensibilität für den städtepartnerschaftlichen Dialog zu entwickeln.“

Sabine Hirschleber, Dienststelle Stadtentwicklung und Lokale Agenda 21 bei der Stadt Jena:

„In der Steuerungsgruppe Fairtrade-Town und im Forum ‚Faires und weltoffenes Jena‘ kommen verschiedene Partner aus Zivilgesellschaft, Stadt, Politik, Bildungseinrichtungen und Wirtschaft zusammen und beraten, wie global verantwortliches Denken und Handeln in der Bevölkerung verankert werden kann. Gerade die unterschiedlichen Sichtweisen eröffnen neue Perspektiven, wie sich nachhaltiges und faires Engagement praxisnah umsetzen lässt.“

Die Verknüpfung von Stadtverwaltung, engagierter Bürgerschaft und den Projektpartnern verläuft über konkrete Projekte, die oftmals bereits im Agenda-Büro initiiert werden. Dann besprechen wir das in der Steuerungsgruppe vor, entwickeln es weiter und stellen die Vorhaben im Forum zur Diskussion und Entscheidung. Danach geht es in die Umsetzung, an der alle interessierten Bürger und Initiativen mitwirken können. Die Zusammenarbeit der Dienststellen gestaltet sich dabei unkompliziert und auf kurzen Wegen. Abstimmungen, insbesondere mit dem Bereich Städtepartnerschaften, treffen wir kurzfristig und ohne großen Aufwand.“ | |

„Gooo!“

Tor für die deutsch-brasilianische Partnerschaft



| Stefan Kreutzberger

Das erfolgreiche kommunale Partnerschaftsprojekt zur FIFA Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika findet nun seine Fortsetzung in Brasilien. Der interkommunale Erfahrungs- und Expertenaustausch zwischen den brasilianischen WM-Städten 2014 und den deutschen WM-Städten 2006 und 2011 ist ein gutes Beispiel für gelungene Kooperation auf Augenhöhe.

Was tun, wenn in einem Fußballstadion ein Feuer ausbricht und tausende Menschen panisch zu den Ausgängen drängen? Ohne detaillierte Sicherheitspläne, gut beschilderte Fluchtwege und trainiertes Personal kann

eine solche Situation schlagartig aus dem Ruder laufen und dramatische Folgen haben. Die gut eingespielten Teams der deutschen Berufsfeuerwehren haben bei der Fußball-WM im Jahr 2006 in Deutschland eine international beachtete gute Arbeit geleistet: Rund 34.000 Einsatzhelfer waren auf alle möglichen Szenarien vorbereitet und haben für sichere Spiele gesorgt. Gemeinsam mit städtischen Organisationsexperten gaben sie ihre Erfahrungen und ihr Wissen später weiter: Zunächst bei den Vorbereitungen zur Fußball-WM 2010 in Südafrika und nun in Brasilien.

Unter dem Projektnamen „Host City Programm WM Brasilien 2014 – Deutschland 2006/2011: Partner für nachhaltige Stadtentwicklung“ initiierte und koordiniert die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt den Erfahrungsaustausch zwischen den WM-Austragungsstädten beider Länder. Wie das Beispiel „Sicherheit bei Großveranstaltungen“

zeigt, geht es dabei nicht um Fußballfreundschaften, sondern vielmehr um praktische kommunale Entwicklungszusammenarbeit: So sollen die Kompetenzen für nachhaltige Stadtentwicklung bei den beteiligten Städten ausgebaut, die deutsch-brasilianischen Beziehungen auf lokaler Ebene gestärkt und ebenso die entwicklungsbezogene Informations- und Bildungsarbeit in deutschen Kommunen befördert werden. Beispielsweise über Workshops und Diskussionsveranstaltungen mit Fan-Initiativen und Jugendorganisationen.

Das Projekt ging im September 2011 an den Start. Bei einem Treffen der deutschen WM-Städte wurde der Grundstein für ein neues Netzwerk deutscher Kommunalberater gelegt. 2011 und 2012 fanden interkommunale Erfahrungsaustausche in sieben brasilianischen Städten statt. Sie erhielten ebenso wie die Workshops zu „nichtpolizeilicher Gefahrenabwehr“ und „Fan-Fest und temporäre Einrichtungen“, die sich an alle brasiliani-

Foto: SKEW



Das neugebaute Itaquemetildeo-Stadion in São Paulo gehört dem größten Fußballclub der Stadt. Hier werden sechs Spiele der WM ausgetragen, darunter auch das Eröffnungsspiel in feierlichem Rahmen.

schen WM-Städte richteten, ein gutes Zeugnis der Südpartner. Die beteiligten deutschen Kommunalexperthen stammen aus verschiedenen Ressorts der Kommunalverwaltung, etwa aus den Haupt-, Sport-, Verkehrs-, Planungs-, Ordnungs- und Umweltämtern sowie aus der Berufsfeuerwehr. Von brasilianischer Seite sind die WM-Planungsbüros der lokalen und bundesstaatlichen Ebene vertreten. Das Themenspektrum des Programms umfasst unter anderem Verkehr und Mobilität, Organisation von Fanfesten, juristische Fragen, Stadtmarketing und Tourismus in den WM-Städten.

| Eine effektive und inspirierende Kooperation

„Ein wesentlicher Erfolgsfaktor in der Zusammenarbeit ist das persönliche Kennenlernen der Partner, wobei die Nationalität für uns Experten nur eine geringe Rolle spielt“, betont Beate Coellen, Leiterin des Referats „Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz“ und der Arbeitsgruppe „Großveranstaltungen“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). „Bei den Themen Gesundheitswesen, Brandschutz und Katastrophenmanagement finden wir sehr schnell zum fachlichen Kern unserer Arbeit und sind bereit, voneinander zu lernen.“ Zur Umsetzung der staatlichen Sicherheitsgarantien für die Fußballweltmeisterschaft 2006 hatte das BBK ein intensives Vorbereitungs- und Schulungsprogramm für die Städte durchgeführt, in denen Spiele ausgetragen wurden. Diese Maßnahmen waren eingebettet in ein übergreifendes staatliches Sicherheitskonzept. Das Programm, das in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) entwickelt wurde, erwies sich als sehr erfolgreich. Daraufhin wandten sich verschiedene Staaten, die in den folgenden Jahren internationale Sportgroßveranstaltungen ausrichteten, an Deutschland mit der Bitte um Information und Unterstützung. Der aktuelle Kontakt mit Brasilien, so Beate Coellen, zeigt sich dabei als „für beide Seiten effektive und inspirierende Kooperation“. Der staatliche Aufbau ist annähernd vergleichbar, sodass sich organisatorische Überlegungen nach Brasilien transferieren lassen. Andererseits haben dort Naturgefahren eine besonders

Experten tauschen sich aus



Miguel Biango, Leiter der Lenkungsgruppe WM 2014 in Manaus, Bundesstaat Amazonas

„Die Zusammenarbeit mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global und der GIZ ermöglicht der Regierung des Bundesstaats Amazonas einen umfassenden und detaillierten Einblick in entscheidende Fragen, die von Ausrichtern einer FIFA WM zu beachten sind. Im Host City Programm haben unsere kommunalen Experten aus Bereichen der Sicherheit, des Zivilschutzes, der Nachhaltigkeit und Energieerzeugung die Gelegenheit, aus den Erfahrungen ihrer Partner mit der FIFA WM 2006 in Deutschland zu lernen. Die Partnerschaft ist von unschätzbbarer Bedeutung: Auf der einen Seite reduzieren wir unsere Probleme auf ein Mindestmaß, zugleich sichert sie unseren Vorhaben den größtmöglichen Erfolg.“

Der Erfahrungsaustausch mit hochqualifizierten Fachleuten aus einer anderen Kultur lässt uns Details wahrnehmen, die uns in der Planung bis dahin komplett entgangen waren. Darüber hinaus scheinen in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit Zielvorstellungen auf, von der unsere Wirklichkeit in Brasilien zum Teil noch weit entfernt ist.

Als Vertreter der öffentlichen Hand dürfen wir weder das Potential noch die nachhaltige Wirkung einer FIFA WM aus dem Blick verlieren. Die Ausbildung der einheimischen Bevölkerung und die funktionale Infrastruktur dürfen nicht nur den Fans zu gute kommen, die nach Manaus reisen werden. Unser Wirken muss an erster Stelle der Bevölkerung dienen: Sie soll nach der Weltmeisterschaft nachhaltig von den Projekten profitieren, die wir mit Unterstützung unserer Partner SKEW/EG und GIZ planen und umsetzen.“

exponierte Bedeutung, woraus sich auch für Gefahrenabwehrplanungen in Deutschland neue Erkenntnisse ergeben.

| Kommunaler Austausch als Türöffner

Auf die Frage hin, welchen Wert solch ein WM-Expertenaustausch einer deutschen Kommune erbringt, antwortet Thomas Wehr vom Kulturreferat der Stadt Nürnberg differenziert: „Der Wert lässt sich schwer beziffern. Allerdings bringt eine Zusammenarbeit auf einer beruflichen Ebene völlig andere Erkenntnisse einer anderen Kultur, als man üblicherweise auf privaten Reisen erlangt. Diese tragen positiv dazu bei, auch im eigenen Land Migranten besser zu verstehen und in Kontakt zu treten.“ Die Nürnberger Partnerschaft wirkt sich aber noch weiter aus: Bereits durch die Einsätze in Südafrika konnte ein Kontakt zwischen mehreren „Host Cities“ und den lokalen Verkehrsbetrieben hergestellt werden. Dabei kam ein längerfristiger Beratungsauftrag zustande. Bei Besuchen von Delegationen aus Südafrika und Brasilien wurden und werden nun regelmäßig die besonderen Leistungen der städtischen Mitarbeiter am Austauschprogramm hervorgehoben. „Dies führt auch zu einem wünschenswerten ‚Türöffnereffekt‘ in andere kommunale Bereiche und Belange hinein“, weiß Wehr. Tue Gutes und rede darüber – dieses Motto gilt auch hier.

Auch fachlich können die Kommunalexperthen durch die verschiedenen Herangehensweisen an die Anforderungen von Großveranstaltungen dazulernen. Hierzu zählen Methoden der Teambildung, die Einbeziehung der Öffentlichkeit sowie unterschiedlich mögliche Organisationsstrukturen, „oder einfach nur ein Einlassen auf die teilweise sehr unterschiedlichen Denkweisen. Unserer deutschen Gründlichkeit stünde etwas mehr Ruhe und Gelassenheit auch nicht schlecht“, bemerkt Wehr schmunzelnd. | |



Stefan Kreutzberger ist Journalist und Autor in Bonn.

Auf die Wirkung kommt es an!

Interview mit Peter Knip, Direktor der International Cooperation Agency of the Association of Netherlands Municipalities (VNG)

Foto: VNG / privat



Peter Knip

Was ist wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit aus lokaler Perspektive?

Das ist nicht immer einfach zu sagen. Die Wirksamkeit bemisst sich letztendlich daran, ob die Unterstützung, die wir in Form von Geld und Zeit leisten, zu Ergebnissen führt, die sich wirklich vorteilhaft auswirken – für die Menschen und die Gemeinschaft, die sich entwickeln will.

Können Sie Kriterien nennen, die Kommunalverwaltungen bei ihren Entwicklungsmaßnahmen beachten sollten?

Kommunalverwaltungen sind für die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik entscheidend, denn für die Bürger bilden sie die unmittelbarste Regierungsebene. Daher ist es elementar, dass die Entwicklungszusammenarbeit auf die tatsächlichen Bedürfnisse in der Partnerstadt ausgerichtet ist. Das bedeutet, dass nicht nur die Kommunalverwaltungen selbst angehört werden müssen, sondern auch lokale Interessenvertreter und die Zivilgesellschaft vor Ort. Ohne einen solchen Prozess verpassen sie die Chance, die Entwicklungsfrage wirkungsvoll anzugehen. Es geht darum, ob die Partner in ihrer Kommune konkrete Ergebnisse erkennen können und ob sie mit der Zusammenarbeit zufrieden sind. Allerdings gibt es auch auf der kommunalen Ebene Korruption und schwache Leistungserbringung. Daher muss

auch hier die Transparenz und Rechenschaftslegung weiter verbessert werden.

Orientieren sich die Kommunen an den fünf Prinzipien der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit, wie sie in der Paris-Erklärung festgelegt wurden und wo sehen Sie Potential für Verbesserungen?

Viele Kommunalverwaltungen ergreifen isoliert Maßnahmen, ohne dabei die Prinzipien von Paris, wie beispielsweise die Ausrichtung auf die Partner und die Harmonisierung mit den Aktivitäten anderer Geber zu berücksichtigen. Sie tendieren dazu, zu viele Dinge ganz allein zu machen, was für die Wirksamkeit der Maßnahmen nicht günstig ist. Wenn die Kommunen im Norden für die EU-Kommission sowie für die bilateralen Geber seriöse Partner sein möchten, sollten wir uns um mehr Synergien mit den Programmen der Geber und mit der Politik der Regierungen der Länder, in denen wir arbeiten, bemühen.

Hängt das nicht auch von der jeweiligen Form und dem Themengebiet der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ab?

Sicherlich, aber es geht hier um eine zunehmende Professionalisierung. In den Niederlanden haben wir bereits in den frühen 1990er Jahren mit der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit begonnen. Beamte, die in diesem Bereich eingesetzt werden, haben mittlerweile ein besseres Verständnis für die Situation in ihren Partnerkommunen entwickelt. Trotzdem ergab eine Evaluierung, dass die Arbeit viel zu oft nur in sehr kleinem Rahmen und zu isoliert geleistet wurde. Außerdem gab es keine hinreichende Verbindung zu den bestehenden Entwicklungsprojekten und -konzepten in den Ländern. In unserem neuen Programm achten wir jetzt darauf, dass zumindest alle Kommunen, die im selben Land tätig sind, sich miteinander abstimmen. Das Themengebiet und die Entwicklungsfragen werden in einem Dialog mit dem nationalen Kommunalverband und dem Ministerium für regionale Entwicklung im Empfängerland gemeinsam ausgearbeitet. Die beteiligten Kommunen nehmen gemeinsam ihre Arbeit im Rahmen der allgemeinen Zielsetzungen

des Programms auf. Dadurch vermeiden wir isolierte Entwicklungsmaßnahmen und unnötige Reisen.

Deutsche Kommunalverwaltungen wünschen sich in ihrer jeweiligen Partnergemeinde häufig eine feste Kontaktperson, die ihre Arbeit mit den anderen Aktivitäten in der Partnergemeinde abstimmt und langfristig aufrechterhält. Was denken Sie?

Foto: Stefan Kreuzberger



Bei vielen kommunalen Partnerschaften ist Kultur ein wichtiges Element in Projekten.

Bei einer vollwertigen Partnerschaft mit umfangreichen Entwicklungsprogrammen kann es sinnvoll sein, eine Kontaktperson in der Partnerstadt selbst zu haben. Meiner Ansicht nach sollte diese Rolle aber bevorzugt von Personal aus der dortigen lokalen Gemeinschaft übernommen werden. Das ist besser und nachhaltiger, als Personal aus dem Ausland zu schicken.

Foto unten: Kooperationsgespräche beim Auftaktworkshop Klimapartnerschaften mit Lateinamerika, November 2012.
Foto rechts: Gruppenarbeit zum Thema Wirkungsorientierung auf einem Netzwerktreffen des Projekts „50 kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“.



Sie sind auch Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Aufbau von Kapazitäten und Institutionen“ beim Ausschuss zur Entwicklungszusammenarbeit und Städtediplomatie des Städtebundes United Cities and Local Governments (UCLG). Welche Fragen werden aktuell dort diskutiert?

Während des letzten World Executive Meeting des UCLG in Dakar wurde ein wichtiges Dokument über die dezentrale Zusammenarbeit verabschiedet. Demnach ist sie ein bedeutendes Instrument zur Förderung der Dezentralisierung und für den Ausbau von Kapazitäten bei Kommunalverwaltungen in Entwicklungsländern. Aber: Wenn man sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit engagiert, sollte man dies auf seriöse Art und Weise tun und genügend Zeit und Geld in den Prozess investieren, sonst ist man eher ein Problem auf diesem Gebiet, als dass man einen wirksamen Beitrag leistet. Eine sehr wichtige Frage ist auch, wie man kommunale Entwicklungszusammenarbeit evaluieren soll. Trotz mehrerer Studien in den letzten zehn Jahren steckt dieser Themenbereich immer noch in den Kinderschuhen.

Ein weiteres Thema ist die Verbesserung der Zusammenarbeit von nationalen Kommunalverbänden und Städten. Es besteht oft ein Widerspruch zwischen der Forderung, die Aktivitäten auf eine höhere Ebene zu heben und Netzwerkarbeit zu leisten, und der Realität. Hierbei treffen zwei Partner direkt aufeinander – ein Bürgermeister trifft einen

Bürgermeister oder eine nichtstaatliche deutsche Organisation hat einen Kontakt zu einer Armutsbekämpfungsinitiative in Äthiopien – und sie vereinbaren eine Zusammenarbeit. Wie kann man den Wert solcher bilateralen Beziehungen erhalten und die Aktivitäten gleichzeitig auf einer übergeordneten Ebene zusammenführen, ohne dass die Stärke der direkten Verbindung verloren geht? Diese Fragen lassen sich leider nicht einfach beantworten.

Wie können Kommune, Provinz, Department und Region besser zusammenarbeiten? Sehen Sie eine wirkungsvolle Koordination im Sinne eines Mehrebenenansatzes?

Es ist inzwischen allgemein akzeptiert, dass man sich auch in Entwicklungsländern mehr auf die regionale Entwicklung konzentrieren muss. Oft kann man gerade hier die notwendigen Synergien schaffen: zwischen kommunaler Zusammenarbeit, dem nationalen Entwicklungsrahmen und den regionalen Besonderheiten. Idealerweise schafft man Situationen, in denen verschiedene Akteure im selben Bereich zusammenarbeiten. In der Praxis ist das äußerst schwierig, aber es lohnt sich herauszufinden, ob es solche Möglichkeiten gibt. Dann entstehen Synergien, man kann sich gegenseitig helfen, ein Netzwerk aufbauen oder gemeinsam Informationen sammeln.

Eine Herausforderung für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist es, Kontinuität zu gewährleisten, trotz politischer Veränderungen in der Partnerkommune. Welche Empfehlungen können Sie geben?

Oft gibt es in Partnerländern Situationen, in denen nach einer Wahl ein kompletter Personalaustausch stattfindet. Das ist von außen nicht einfach zu beeinflussen, weil es meist mit dem Kommunalrecht und dem politischen System des entsprechenden Landes zusammenhängt. Wenn das Umfeld etwas stabiler ist, ist es wichtig, in der Partnerkommune ein Netzwerk von Akteuren aufzubauen. Das bedeutet, dass die Partnerschaft auch auf Kontakte mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und der lokalen Wirtschaft beruht und somit innerhalb der Partnerkommune eine Nachfrage zur Fortsetzung der Zusammenarbeit besteht. Das ist eine wichtige Voraussetzung für Kontinuität.

Ein Ausblick in die Zukunft: Welche Rolle könnten Kommunen bei der Entwicklungsagenda nach 2015 spielen?

Wenn die Weltgemeinschaft neue Entwicklungsziele formuliert, sollte sie bei jedem der Ziele einbeziehen, welche Rolle die Kommunen dabei spielen können und sollten. Auch sollten Süd-Süd-Kooperationen zunehmend in Betracht gezogen werden, auch auf der kommunalen Ebene: also nicht nur Nord-Süd-, sondern auch Süd-Süd-Zusammenarbeit. Hoffentlich wird sich nach 2015 das Paradigma der Entwicklungshilfe ändern – hin zu einer gleichberechtigten Entwicklungspartnerschaft, bei der wir auf der gleichen Stufe stehen, Know-how austauschen und versuchen, die lokalen Gemeinschaften gemeinsam zu entwickeln. | |

Das Gespräch führte Jessica Baier.

Neue Umsetzungsmöglichkeit für kommunale Entwicklungspolitik:

„Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“



Foto: PantherMedia/Toni Anett Kuchinke

Kommunen entwickeln bei ihrem Engagement im Rahmen der Zukunftsthemen der kommunalen Entwicklungspolitik neue Ideen für konkrete entwicklungspolitische Maßnahmen. Deren Umsetzung stehen jedoch oftmals praktische Hindernisse im Wege. Als freiwillige Aufgabe konkurriert kommunale Entwicklungspolitik stets mit anderen Bereichen, wie Wirtschafts-, Sport- oder Kulturförderung. Demnach ist es nicht verwunderlich, dass in den – zumeist knappen – Kommunalhaushalten oft nur sehr begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen für entwicklungspolitische Vorhaben zur Verfügung stehen.

Um dem Interesse der Kommunen an der Umsetzung eigener Projekte im Rahmen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit entgegenzukommen, ist es der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) in diesem Jahr erstmalig möglich, aus Mitteln des BMZ nachhaltige Kommunalentwicklung finanziell zu unterstützen.

Im Rahmen des Projektes „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ können deutsche Kommunen eine

Anteilsfinanzierung für entwicklungspolitische Vorhaben beantragen, sofern diese im Kontext einer kommunalen Süd-Partnerschaft geplant und umgesetzt werden. Die Gelder sind dabei prioritär im Partnerland einzusetzen. Im Rahmen der Engagement-Förderung können jedoch auch Begleitmaßnahmen im Inland beantragt werden.

Inhaltlich sollten sich die Vorhaben auf den entwicklungspolitischen Wirkungskreis der kommunalen Ebene beziehen und einem der Themen „Nachhaltige Daseinsvorsorge“ und „Good local Governance“ zuzuordnen sein. Berücksichtigung finden außerdem Vorhaben, welche die Zukunftsthemen „Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene“, „Fairer Handel/Nachhaltige Beschaffung auf kommunaler Ebene“ sowie „Internationale Kommunalbeziehungen und Partnerschaftsarbeit“ innovativ miteinander verbinden.

Bei der Beantragung der Anteilsfinanzierung ist früheres oder aktuelles Engagement in Projekten der SKEW ein Vorteil,

jedoch nicht Voraussetzung für eine Antragsstellung. Alle entwicklungspolitisch aktiven Kommunen sollen mit diesem Finanzierungsangebot ermutigt werden, ihr Engagement weiter auszubauen und ihr entwicklungspolitisches Potential voll auszuschöpfen.

Zurzeit befindet sich das SKEW-Projekt noch im Aufbau. Die Erarbeitung der Fördermöglichkeit erfolgt in enger Abstimmung mit dem BMZ und unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände.

Detaillierte Informationen zu den Förderbedingungen und der Aufruf zur Einreichung von Projektanträgen werden in Kürze über die Homepage von Engagement Global (www.engagement-global.de), der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (www.service-eine-welt.de) sowie über den Verteiler der kommunalen Spitzenverbände kommuniziert.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
 ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
 Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn
 Fon +49 228 20 717-334
 Fax +49 228 20 717-150
 E-Mail: info@service-eine-welt.de

Save the date:

Konferenz Kommunale Partnerschaften mit Afrika

Vom 24. bis 26. Oktober 2013 veranstaltet die SKEW in Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg die zweite bundesweite Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“. Alle deutschen Kommunen mit Partnerschaften in Afrika werden nach Hamburg eingeladen. Die Konferenz dient dem Erfahrungsaustausch und der Vernetzung sowohl zwischen als auch innerhalb

dieser Kommunen und der jeweiligen Partnerschaftsvereine. Fachbeiträge zu übergreifenden Themen beleuchten die Rahmenbedingungen und Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und zeigen Anknüpfungspunkte sowie Kooperationsmöglichkeiten für die eigene Partnerschaftsarbeit auf.

2010 führte die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in Ludwigsburg mit über 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die erste bundesweite Konferenz zu Kommunalen Partnerschaften durch. Während damals der Schwerpunkt auf Themen und Referenten aus den frankophonen Ländern Afrikas lag, stehen nun die anglophonen Länder im Fokus. Darüber hinaus werden selbstverständlich Themen rund um die Partnerschaftsarbeit deutscher Kommunen, insbesondere die Einbeziehung

von Menschen mit Migrationserfahrung, diskutiert.

www.service-eine-welt.de/themen/Partnerschaften-partnerschaftskonferenzen.html

Aufruf:

Weitere Klimapartnerschaften gesucht!

Möchten Sie das Know-how Ihrer Kommune im Bereich Klimaschutz international nutzbar machen? Pflegen Sie Kontakte zu Akteuren in afrikanischen Ländern, mit denen Sie gemeinsam zu den Themen Klimaschutz und Klimaanpassung arbeiten möchten?

Dann ist hier Ihr Engagement gefragt! Das Projekt „50 kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ geht in die dritte Runde: Gesucht werden Gebietskörperschaften, die Partnerschaften mit Kommunen in afrikanischen Ländern pflegen oder eine Klimapartnerschaft mit diesem regionalen Schwerpunkt aufbauen möchten.

Ein Aufruf zur Interessenbekundung wird im Juni 2013 auf der Homepage der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt veröffentlicht. Der Auftakt dieser Projektphase ist für den Herbst 2013 vorgesehen.

Interessierte Akteure können sich für weiterführende Informationen und Beratung jederzeit an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SKEW wenden:

www.service-eine-welt.de/klimapartnerschaften/klimapartnerschaften-start.html

Anzeige

WELT-SICHTEN

MAGAZIN FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND ÖKUMENISCHE ZUSAMMENARBEIT

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

WELT-SICHTEN analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter www.welt-sichten.org oder Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 4-2012 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Dr. Stefan Wilhelmy (SKEW), Stefan Kreutzberger (Medienbüro eco), Renate Wolbring (SKEW), Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Silke Jarick, Angelika Fritsch

Verantwortlich i.S.d.P.: Dr. Stefan Wilhelmy (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/ Engagement Global gGmbH)

Bestellung bei: info@service-eine-welt.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“ www.welt-sichten.org

Anzeige



Machen Sie mit beim Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels 2013“

Die fünf Fairsten gewinnen 100.000,- €

Seit 2003 findet alle zwei Jahre der Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ statt. Auch diesmal werden wieder 100.000 Euro unter den fünf „fairsten“ Städten und Gemeinden bei der Preisverleihung am 18. September 2013 in Bremen verteilt.

Gefragt sind kooperative und kreative Ideen zur Unterstützung des Fairen Handels. Die fünf besten Einzelprojekte werden erstmals mit je 1.000 Euro ausgezeichnet. Mitmachen lohnt sich also doppelt! Daher bis 15. Juli 2013 bewerben!

Fair handeln lohnt sich!
Alle Infos unter www.service-eine-welt.de



Hier bewerbe ich mich!

Alle Infos finden Sie unter folgendem Link: www.service-eine-welt.de

Bewerbungsschluss: 15. Juli 2013